

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 92 (1966)
Heft: 19

Artikel: Im Ernst gesagt : Gedanken nach einem Zwiegespräch
Autor: Knobel, Bruno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-505702>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

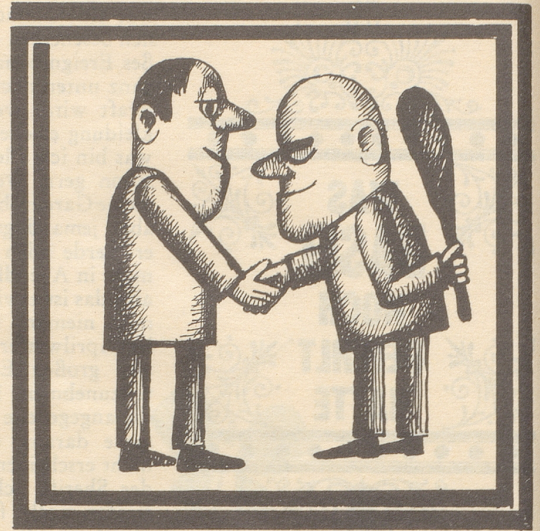
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Im Ernst gesagt:

GEDANKEN NACH EINEM ZWIEGESPRÄCH

Das Zwiegespräch

Vor Ostern: Anruf eines Bekannten. Er ärgert sich über den Antiatom-Ostermarsch. Er ärgert sich darüber, daß an einem hohen kirchlichen Feiertag Umzüge und Anlässe zwar verboten sind, nicht aber dieser Demonstrantenzug.

Er ärgert sich ferner darüber, daß mit diesem Marsch der Atomwaffengegner und ihrer linksextremistischen Drahtzieher der Anschein erweckt werden sollte, es gehe um den Frieden, während ihr Ziel ganz offensichtlich nur die *einseitige westliche* Atomabrüstung ist. Und der Aergerliche fragt mich nun, ob es wohl möglich sei, in einer Zeitung, also öffentlich, gegen solche Protestmärsche zu protestieren.

Dies zu tun, so sagte ich ihm, sei jedermanns Recht, aber seit einiger Zeit setze man sich der Gefahr aus, von verschiedenen Seiten der Intoleranz bezichtigt zu werden, wenn man sich gegen Äußerungen des Linksextremismus wende.

Eben deshalb habe er mich gefragt, gestand mir mein Bekannter. Und er ließ es bleiben, in der Zeitung seine Meinung zu äußern.

Dieses Gespräch ist mehr als nur ein Beispiel. Es ist ein Symptom.

Es ist heute soweit, daß eine kleine Minderheit von extrem Denkenden behauptet, von einer andersdenkenden Mehrheit intolerant unterdrückt zu werden; aber dieser Minderheit ist es gelungen, durch ihr Wehgeschrei wegen angeblicher Intoleranz die freie Meinungsäußerung der andern zu hemmen!

Die Ostermarschierer demonstrierten gegen die Atomwaffe als Mittel der *schweizerischen* Landesverteidigung – behaupten sie. Das ist ein Anliegen!

Nur – es gibt diese Schweizer Atomwaffe nicht.

Dagegen gibt es Atomwaffen anderswo, nicht zuletzt auch in der Sowjetunion. Dagegen aber wird nicht protestiert.

Und weshalb werden *Ausländer* importiert, um gegen eine *schweizerische* Atomwaffe – die es nicht gibt – zu demonstrieren. Und weshalb müssen Ostermärsche vom *kommunistischen* Weltfriedensrat gesteuert werden?

Das sind Fragen, die das Recht, an Ostern zu marschieren zwar nicht berühren, aber es sind Fragen, die es verständlich machen, weshalb andere Bürger durchaus das Recht haben, *gegen* die Marschierer zu sein.

Und nun ist es seltsam: Eine Zeitung, die mit den Ostermarschierern sympathisiert, beklagt sich in hohen Tönen über den *Terror*, der insofern bestehe, als Schweizer Bürger *gegen* die Haltung der Ostermärschler auch demonstrierten. Die Zeitung, die es beklagt, daß man die Demonstranten lächerlich mache, macht die Gegendemonstranten lächerlich. Die Zeitung, die sich dagegen verwahrt, daß man die Demonstranten, simplifizierend, alle Kommunisten nennt – sie bezeichnet die Gegendemonstranten, simplifizierend, als «Bürger, der zu Hause hinter dem Ofen sitzt und sich mitunter mit einer kleinen Privatwut Luft macht». Eine Zeitung, die wünscht, die Ostermarschierer seien ernst zu nehmen, nimmt andererseits die Befürworter «der starken Landesverteidigung» unter den Gegendemonstranten nicht ernst, sondern sie werden als unverbesserliche Säbelraßler etikettiert. Eine Zeitung, die sich darüber beklagt, daß die Demonstranten in naiver Schwarzmalerei dargestellt werden, malt die Gegendemonstranten als Leute mit einem «ebenso fanatischen wie gemeingefährlichen Hang zum Gesinnungsterror...», malt also schwarz.

Was hier geschieht, ist wie gesagt, weniger

nur ein Beispiel als ein Symptom. Was hier zwischen Demonstranten und Gegendemonstranten geschah, ereignet sich heute immer häufiger zwischen politischen Extremisten und Gemäßigten.

Die Links-Unberührbaren

Ich muß hier klarstellen: Jeder hat (bei uns) die Freiheit, seine Meinung zu haben. Und darauf berufen sich denn auch die Extremisten, z. B. die Linksextremisten. Was sie aber bei solcher Gelegenheit verschweigen, ist die Tatsache, daß sie nicht nur eine Meinung haben, sondern auch das Ziel, unsere soziale Ordnung (die sie abschätzig eine «bürgerliche» oder «bourgeoise» nennen) zu verändern. Und für *ihre* neue Ordnung schwebt ihnen ein (ausländisches) Muster vor, dem die Mehrheit unseres Volkes sich nicht beugen möchte.

Wer von uns sich also gegen Extremisten wendet (seien es kommunistische oder faschistische), der spricht ihnen nicht das Recht ab, extremistisch zu *sein*, sondern er wehrt sich dagegen, daß unsere Gesellschaftsordnung nach den Vorstellungen dieser Extremisten verändert wird: Weil diese neue «Ordnung» uns nicht das garantiert, was *wir* unter *Freiheit* verstehen.

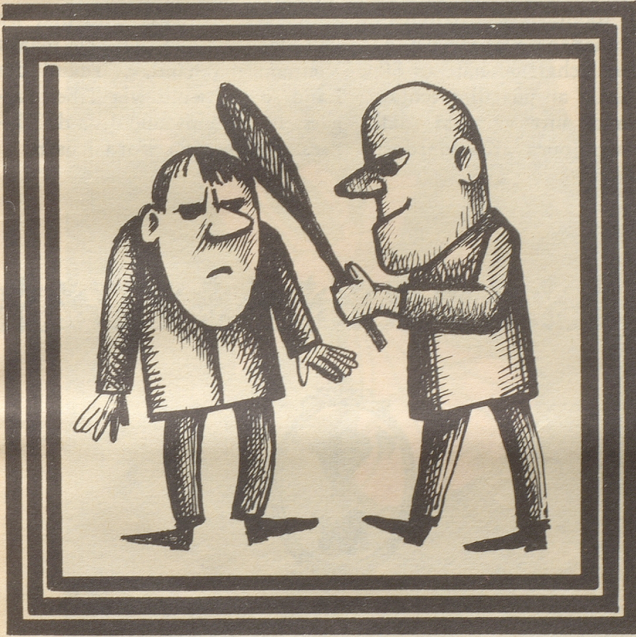
Und so meine ich denn: Wer z. B. Antikommunist ist, der braucht deswegen den Kommunisten nicht in seiner Meinungsfreiheit einzuschränken, hat aber das Recht, alles zu tun, was die Kommunisten bei uns daran hindert, an die *Macht* zu kommen. Das ist nicht Intoleranz! Wenn einer mit dem Knüppel auf mich losgeht, und ich hindere ihn daran, seine Absicht auszuführen, dann habe ich das Recht zur Abwehr. Dann ist meine Abwehr nicht Ausdruck der Intoleranz. Die Absicht, uns dessen, was wir unter Freiheit verstehen, zu berauben,

halte ich für gefährlich. Jaspers schreibt in «Macht und politische Freiheit»: «Toleranz darf nicht bestehen gegenüber der Intoleranz, wenn diese nicht als ungefährliche, private Verschobenheit gleichgültig behandelt werden darf. *Es darf keine Freiheit geben zur Zerstörung der Freiheit.*»

Ein Vortrag

Jüngst hatte ich das Vergnügen, vor Maturanden und Seminaristen einen Vortrag zu halten über das Thema «Auftrag und Sinn eines satirischen Wochenblattes in der modernen Gesellschaft».

In meinen Ausführungen zeigte ich u. a. am Beispiel des Nebelspalters aus der Zeit zwischen 1932–1948, wie Karikaturisten



den Kampf gegen braune und rote Fäuste geführt haben. Das heißt: Ich zeigte, wie die Infiltration extremistischer Ideologien bekämpft worden ist, als deren Anhänger noch nicht an der Macht waren, sondern die Macht erst anstrebten. Und als ich Beispiele für solche *Anfänge* nannte, Beispiele, die ich für allgemein bekannt hielt bei jungen Menschen, die über alle Einzelheiten des zweiten punischen Krieges Bescheid wissen, und als ich aufblickte, da sah ich in verstörte Gesichter, in die Gesichter nicht mehr von 18–20jährigen, sondern in Gesichter, deren Ausdruck von Fassungslosigkeit an die Züge ungläubig entsetzter Kinder erinnerte. Davon, du mein Gott, hatten sie nichts gewußt!

Wieviele jener Leute, welche die Antiextremisten als bloße Fanatiker verschreien – wieviele von ihnen verstehen, daß Antiextremismus nicht Intoleranz ist, sondern nur ein Mittel, um den *Anfängen zu wehren?*

Die Kommunisten, die uns bolschewisieren möchten, sind bei uns nicht stark, gewiß. Aber machen wir nicht legalen Gebrauch

von unserer Freiheit, wenn wir verhindern, daß sie überhaupt stark werden? Ist das so lächerlich? Ist das Sektierertum und Intoleranz? Wenn wir uns z. B. beunruhigen, weil in Westdeutschland eine heute zwar noch schwache, aber doch von Tag zu Tag stärker werdende Partei von Neonazi von sich reden macht? Wenn man scharf dagegen reagiert, nicht weil diese NPD uns schon bedroht, aber weil auch sie ein Anfang ist, an dessen Ende eine Bedrohung sein könnte – ist das Intoleranz?

Ich weiß, man darf auf «die Freiheit» bedacht sein, aber man soll den Freiheitsbegriff nicht pompös im Munde führen. Aber: Die Freiheit ist mir mehr wert, als daß ich wegen des Vorwurfes von Extremisten, ich sei ihnen gegenüber intolerant, darauf verzichten würde, alles zu tun, damit uns *die Freiheit* erhalten bleibt.

Wenn Kommunisten und auch solche, die sich «bloß» Marxisten nennen, auf ihr Recht der freien Meinung pochen, dann bestreite ich ihnen dieses Recht nicht. Aber es geht nicht nur um Meinungen. Hinter ihrer Meinung steht ihr Wille zur Macht, dem gegenüber man nicht geduldig und gelassen sein darf.

«Geduld, Gelassenheit, O wem gelänge Es still in sich in dieser Zeit zu ruhn, Und wer vermöchte die Zusammenhänge Mit allem Grauen von sich abzutun?» So schrieb Marie Luise Kaschnitz gegen das Nazitum.

Und hundert Jahre früher hatte Heinrich Heine geschrieben:

«Anständige Bestien sind es doch / Die ganz honett dich überwunden. / Doch wir geraten in das Joch / Von Wölfen, Schweinen und gemeinen Hunden.»

Bruno Knobel

